



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 06/20 • 06.02.2020



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der

Europäischen Union



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

die 82. Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister fand in der vergangenen Woche, am 29. und 30. Januar, in Brüssel statt. In der Regel findet einmal im Rahmen jedes EMK-Vorsitzes eines Bundeslandes eine Sitzung der EMK in Brüssel statt. Die Ministerinnen und Minister nutzen die Gelegenheit, in diesem Rahmen mit hochrangigen Entscheidungsträgern auf der europäischen Ebene in den direkten Kontakt zu kommen und sich über aktuelle europäische Themen auszutauschen.

Hochrangige Gäste in der Sitzung waren entsprechend sowohl Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission und Kommissarin für „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ als auch Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Kommission und Kommissarin für Demokratie und Demografie.

Außerdem fand ein Austausch mit dem Botschafter der Republik Kroatien bei der EU, Josip Paro, statt. Der Botschafter berichtete über die Schwerpunkte der aktuellen Kroatischen Ratspräsidentschaft. Dies ist für Deutschland von besonderem Interesse, da es in der 2. Jahreshälfte die Ratspräsidentschaft übernimmt und insofern an dem Punkt weiter arbeiten muss an dem die Kroaten Ende Juni den Staffelstab übergeben werden.

Weitere Informationen zur EMK finden Sie auf Seite 12.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung





Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europaweiter Bürgerdialog geplant	
• Neue EU-Regeln für Kurzaufenthaltsvisa	
• Investitionsfonds für die blaue Wirtschaft gestartet	
• Vorschlag der Kommission zum EU-Beitrittsprozess	
• Kommission stößt Debatte über wirtschaftspolitische Steuerung in der EU an	
• Parlament fordert einheitliche Ladegeräte: mehr Praktikabilität – weniger Elektromüll	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	8
• Weltkrebstag: Konsultation zum europäischen Plan zur Krebsbekämpfung	
• Coronavirus - Abgeordnete debattieren über die Reaktion der EU auf den Ausbruch	
• Agrar - Europäischer Rechnungshof veröffentlicht Sonderbericht zur Nutzung Satelliten-unterstützter Überwachung der GAP	
• Zwei Drittel von 500 überprüften Websites verstoßen gegen EU-Verbraucherschutzrechte	
<u>Was, wann, wo</u>	11
• Europaministerkonferenz in Brüssel	
• Lasst uns über Europa sprechen! - Europagespräch in Stendal am 10. Februar 2020	
<u>Ausschreibungen</u>	13
• RAT – 2 Stellenausschreibungen	
• Kreatives Europa – EU fördert audiovisuelle Projekte	
• Europäischer Wettbewerb für Soziale Innovation – Ideen für nachhaltige Mode	
<u>Kontaktbörse</u>	15
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	18
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	21
<u>Impressum</u>	22



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europaweiter Bürgerdialog geplant

Am 22. Januar 2020 hat die EU - Kommission ihre Pläne für eine Konferenz zur Zukunft Europas vorgestellt. Demnach sollen mit den Bürgern, aus allen Regionen der EU, zwei parallele Themenbereiche diskutiert werden:

Auf der inhaltlichen Ebene ist vorgesehen, die politische Zukunftsagenda der EU mit den Bürgern zu diskutieren, so zum

Beispiel die Bewältigung des Klimawandels, die Digitalisierung oder die soziale Gerechtigkeit und Gleichheit.

Daneben sollen aber auch institutionelle Fragen erörtert werden, wie die Wahl des Kommissionspräsidenten und das Spitzenkandidaten-System.

Es ist angedacht, die Ergebnisse der Debatten sowie Informationsmaterial über eine mehrsprachige Online-Plattform in der gesamten EU zu verbreiten.

Offizieller Startschuss für die Konferenz soll am Europatag - 09. Mai 2020 - sein. • *md Quelle: EU-Nachrichten 02/2020*



Weitere Informationen finden sie [hier](#).

Neue EU-Regeln für Kurzaufenthaltsvisa

Ab dem 2. Februar 2020 sollen weltweit geltende neue EU-Regeln für Kurzaufenthaltsvisa legitim Reisenden die Einreise nach Europa erleichtern und dadurch Tourismus, Handel und Wirtschaft stärken.

Die Änderungen gelten für Reisende aus allen Ländern, die für die Einreise in die EU ein Visum benötigen. Für Länder, die von der visumfreien Einreise in die EU profitieren, ändert sich nichts. Die Regeln gelten für Kurzaufenthaltsvisa für die 22 EU-Länder, die zum Schengen-Raum gehören (Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik und Ungarn), sowie für vier assoziierte Länder: Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz. Ein einheitliches Kurzaufenthaltsvisum, das von einem dieser Länder ausgestellt wird, gilt für Reisen durch die 26 Schengen-Länder für bis zu 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen.

Die Visumsantragsverfahren sind damit deutlich vereinfacht und – bezogen auf Mehrfachvisa – zudem günstiger geworden. Visumanträge können früher als bisher eingereicht werden,



Mehrfachvisa sind einfacher zu erhalten und in den meisten Fällen kann ein elektronischer Antrag direkt im Wohnsitzland des Reisenden gestellt werden. An Sicherheits- und Kontrollniveau hätten die Einreisebestimmungen jedoch nichts eingebüßt. Vorteile hat das neue Verfahren auch im Bereich der Migrationspolitik: Durch die Zusammenarbeit der Staaten im Visaverfahren entsteht ein neues Instrument für den Dialog der Partnerländer über Migration und Rückführung illegaler Migranten.

Auf das Vereinte Königreich (UK) werden sich die neuen Regeln im Übrigen auch nach der Übergangszeit nicht auswirken. Britische Staatsangehörige können bei Kurzaufenthalten in der EU weiterhin visumsfrei reisen. • *kg Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen enthält die [Pressemitteilung der Kommission](#).

Investitionsfonds für die blaue Wirtschaft gestartet

Am 4. Februar 2020 eröffnete die Europäische Kommission zusammen mit dem zur Europäischen Investitionsbank (EIB) gehörenden Europäischen Investitionsfonds den BlueInvest-Fonds, einen mit 75 Mio. EUR ausgestatteten Investitionsfonds für die blaue Wirtschaft. Die bereitgestellten Mittel sind strategisch auf die Förderung von innovativen Wirtschaftstätigkeiten im Zusammenhang mit den Ozeanen, Meeren und Küsten ausgerichtet – einem Sektor, der bei der Umstellung auf eine CO₂-neutrale Wirtschaft bis 2050 eine wichtige Rolle spielen kann. Zur blauen Wirtschaft zählen im Meeresumfeld wie auch an Land tätige Unternehmen, die mit ihren Gütern und Dienstleistungen zur maritimen Wirtschaft beitragen. Ergänzt wird der neue Programmfonds durch die [BlueInvest-Plattform](#) der Europäischen Kommission, mit der die Investitionsbereitschaft und der Zugang von neu gegründeten und expandierenden Jungunternehmen sowie KMU zur Finanzierung gefördert werden sollen. • *ms Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen enthält die [Pressemitteilung der Kommission](#).

Vorschlag der Kommission zum EU-Beitrittsprozess

Die Europäische Kommission hat am 5. Februar einen Vorschlag vorgelegt, um den EU-Beitrittsprozess stärker voranzutreiben. Dazu soll der Prozess glaubwürdiger werden, einer stärkeren politischen Steuerung unterliegt und an Dynamik und Berechenbarkeit gewinnen.

Der Beitrittsprozess muss auf gegenseitigem Vertrauen und klaren Zusagen der Europäischen Union und des westlichen Balkans gründen. Die Glaubwürdigkeit des Beitrittsprozesses soll durch eine noch deutlichere Fokussierung auf wesentliche Reformen gestärkt werden, angefangen bei der Rechtsstaatlichkeit, der Funktionsweise der demokratischen Institutionen und der öffentlichen Verwaltung sowie der wirtschaftlichen Entwicklung in den Kandidatenländern. Der politische Charakter des Beitrittsprozesses erfordert eine stärkere politische Steuerung und stärkeres Engagement auf höchster Ebene. Die Kommission schlägt vor, die Möglichkeiten für einen politischen und einen Politikdialog auf hoher Ebene durch Abhaltung regelmäßiger Gipfeltreffen zwischen der EU und dem westlichen Balkan und Intensivierung der Kontakte auf Ministerebene zu verbessern. Darüber hinaus sollten die



Mitgliedstaaten systematischer in die Überwachung und Überprüfung des Beitrittsprozesses einbezogen werden. Um dem Verhandlungsprozess mehr Dynamik zu verleihen, schlägt die Kommission vor, die Verhandlungskapitel zu sechs thematischen Clustern zusammenzufassen: wesentliche Elemente; Binnenmarkt; Wettbewerbsfähigkeit und inklusives Wachstum; grüne Agenda und nachhaltige Konnektivität; Ressourcen, Landwirtschaft und Kohäsion; Außenbeziehungen. Die Verhandlungen werden – nach Erfüllung der entsprechenden Kriterien – zu einem Cluster und nicht zu einzelnen Kapiteln aufgenommen werden. Die Verhandlungen zu den wesentlichen Elementen werden als erste eröffnet und als letzte abgeschlossen werden, und die Fortschritte bei diesen Verhandlungen werden das Tempo der Verhandlungen insgesamt bestimmen. Der Zeitraum zwischen der Eröffnung der Verhandlungen zu einem Cluster und dem Abschluss der einzelnen Kapitel sollte begrenzt sein und vorzugsweise höchstens ein Jahr betragen, abhängig von den Fortschritten bei den Reformen. Die Kommission wird für mehr Klarheit darüber sorgen, was die EU von den Erweiterungs-ländern in den verschiedenen Phasen des Prozesses erwartet. Sie wird deutlicher herausstellen, welche positiven Auswirkungen Fortschritte bei den Reformen haben können und welche negativen Folgen es haben wird, falls es zu keinen Fortschritten kommt.

Die Kommission hofft, dass die Mitgliedstaaten den Vorschlag – parallel zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien – im Vorfeld des Gipfeltreffens zwischen der Europäischen Union und dem westlichen Balkan am 6./7. Mai in Zagreb billigen werden. Als Beitrag zum Gipfel wird die Kommission prüfen, wie im westlichen Balkan Investitionen gefördert, die sozioökonomische Integration vorangebracht und die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden können. · *ah Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen: [Pressemitteilung der Kommission](#)

[Link zur Mitteilung](#)

[Factsheet zu den Beziehungen zwischen der EU und dem westlichen Balkan](#)

[Factsheet zum EU-Beitrittsprozess](#)

6

Kommission stößt Debatte über wirtschaftspolitische Steuerung in der EU an



Die Europäische Kommission hat am 5. Februar den Startschuss für eine öffentliche Debatte darüber gegeben, wie wirksam die wirtschaftspolitische Überwachung in der EU funktioniert. „Unsere gemeinsamen Fiskalregeln sind von wesentlicher Bedeutung für die Stabilität unserer Volkswirtschaften und des Euro-Währungsgebiets insgesamt. Finanzstabilität ist Voraussetzung dafür, dass die Wirtschaft wachsen kann und Arbeitsplätze entstehen. Auch sind diese Regeln unverzichtbar, damit Vertrauen unter den Mitgliedstaaten und somit weitere Fortschritte bei der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion möglich werden“, erklärte Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission. „Inzwischen werden sie aber als zu komplex und schwer vermittelbar empfunden. Deswegen freuen wir uns auf eine offene Diskussion darüber, was gut und was nicht gut funktioniert hat, und wie ein Konsens darüber erzielt werden kann, die Regeln zu verschlanken und noch wirksamer zu gestalten.“

Unter anderem können Beiträge zur Diskussion über eine [Online-Konsultationsplattform](#) eingereicht werden.



Bei der Überprüfung geht es darum, wie erfolgreich es mit dem wirtschaftspolitischen Überwachungsrahmen gelungen ist, drei zentrale Ziele zu erreichen:

- langfristig tragfähige öffentliche Finanzen und nachhaltiges Wachstum sicherzustellen und
- makroökonomische Ungleichgewichte zu vermeiden,
- eine engere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zu ermöglichen und die Konvergenz der Wirtschaftsleistungen der Mitgliedstaaten voranzutreiben. • *ah Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Parlament fordert einheitliche Ladegeräte: mehr Praktikabilität – weniger Elektromüll

Bereits in der Plenardebatte vom 13. Januar 2020 hatten EU-Abgeordnete die Einführung eines einheitlichen Ladegeräts für Smartphones, Tablets, E-Book-Reader, Smart-Kameras und andere tragbare Geräte gefordert. Am 30. Januar 2020 folgte nun die entsprechende Entschließung. Bis Juli 2020 soll die Kommission einen konkreten Vorschlag vorlegen. Oftmals variieren Ladegeräte abhängig von Marke und Modell des Elektrogeräts. 2009 zählte man mehr als 30 verschiedene Ladetypen auf dem Markt – allein für Smartphones. Diese Vielzahl sei nicht nur unpraktisch für den Verbraucher, sondern führe auch zu unnötigem Elektromüll. Mit der Intention, Innovationen der Hersteller nicht behindern zu wollen, verfolgte die Kommission bisher einen freiwilligen Ansatz und ermutigte die Mobilfunkhersteller zur Entwicklung gemeinsamer Ladegeräte. So mag die Zahl der Smartphone-Ladegeräte im Jahr 2014 auf drei gesunken sein. Als problematisch erweise sich jedoch, dass beim Kauf von neuen Geräten jeweils ein neues Ladegerät automatisch mitgeliefert werde und der Elektroschrott damit einer der am schnellsten wachsenden Abfallströme in der EU bleibe (In der EU sind im Jahr 2016 insgesamt 12,3 Millionen Tonnen Elektronikabfall angefallen. Das entspricht durchschnittlich 16,3 kg pro Einwohner). Neben dem Verbraucherschutz und der Vermeidung von Umweltverschmutzung hätte eine Vereinheitlichung weitere positive Nebeneffekte. So könnte nicht nur die Sicherheit der Ladegeräte verbessert werden, sondern auch die Interoperabilität der Geräte selbst. Damit sei die Frage nach einheitlichen Ladelösungen auch von Bedeutung für die digitale Souveränität Europas. • *kg Quelle: PM EP*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Weltkrebstag: Konsultation zum europäischen Plan zur Krebsbekämpfung

Krebs ist die zweithäufigste Todesursache nach Herz - Kreislauf-Erkrankungen und 40% aller Krebserkrankungen wären vermeidbar, wenn die Empfehlungen zur Senkung des Krebsrisikos umgesetzt würden, die im Europäischen Kodex zur Krebsbekämpfung aufgelistet sind. Vor diesem Hintergrund startete die Europäische Kommission am 04. Februar 2020 – Weltkrebstag – eine breite öffentliche Konsultation zu dem Thema: Was kann Europa gemeinsam mehr tun, um den Krebs zurückzudrängen? Ziel ist ein europäischer Plan zur Krebsbekämpfung, der bis Ende des Jahres vorliegen soll.

Dieser Plan zur Krebsbekämpfung soll Maßnahmen in Bezug auf folgende Hauptinterventionsstufen umfassen: Prävention, frühzeitige Erkennung und Diagnose, Behandlung und Versorgung sowie Lebensqualität.

Ziel der 12-wöchigen öffentlichen Konsultation ist es, EU-Bürgerinnen und -Bürgern, Krebspatienten und Krebsüberlebende, sowie Interessenträgern Gelegenheit zu geben, sich einzubringen und dazu Stellung zu nehmen, wie das Thema in der EU am besten angegangen werden sollte. Die Ergebnisse der Konsultation werden in den Entwurf des europäischen Krebsbekämpfungsplans einfließen und dabei helfen, die Themenbereiche und den Umfang der künftigen Maßnahmen abzustecken. Bis Juli werden konkrete Punkte des Plans mit den Mitgliedstaaten erörtert, und es werden gezielte Konsultationen mit Interessenträgern durchgeführt. Vorgelegt werden soll der europäische Plan zur Krebsbekämpfung bis Ende des Jahres. • *md Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung](#)

[Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung](#)

Coronavirus - Abgeordnete debattieren über die Reaktion der EU auf den Ausbruch

Die Abgeordneten des Ausschuss für Umwelt und öffentliche Gesundheit debattierten am 03.02.2020 mit der Exekutivdirektorin des EU-Zentrums für Prävention und Kontrolle von Krankheiten (EU Centre for Disease Prevention and Control, ECDC) über den Ausbruch des Coronavirus. Die Debatte fand im Zuge der regulären, jährlichen Aussprache zwischen dem Ausschuss und dem ECDC statt.

Nach Ausbruch des Coronavirus, der seinen Ursprung in der chinesischen Stadt Wuhan hat, hat die WHO einen gesundheitlichen Notstand von internationaler Tragweite ausgerufen. Exekutivdirektorin des ECDC, Andrea Ammon, gibt Auskunft über die aktuellen Zahlen: Unter 17.383 bestätigten Corona-Fällen (25 davon wurden in der EU gemeldet) gab es inzwischen 362 Todesfälle (alle in Asien, 361 der Todesfallmeldungen stammen aus China). Von den 25 europäischen Fällen wurden 2 Fälle in Russland gemeldet und 2 in Großbritannien/ UK. Ziel



bei den verbleibenden, von der Zuständigkeit der ECDC umfassten, 21 Fällen sei es, durch Quarantäne ein weiteres Ausbreiten zu verhindern. Es wird versucht, frühzeitige Diagnosen zu stellen und die Kontaktpersonen der betroffenen Patienten schnell ausfindig zu machen und unter Beobachtung zu halten. Im Moment sei die Situation in Europa dabei unter Kontrolle. Um einer Epidemie vorzubeugen, und um für den Fall weiterer Infektionen gerüstet zu sein, betreibe das ECDC viel Kommunikation mit Öffentlichkeit und Medien. Man habe eine international gültige Falldefinition veröffentlicht, Leitlinien zum Aufspüren und zum Umgang mit Kontaktpersonen erstellt und stelle Anleitungen zum Test von Verdachtsfällen bereit. Darüber hinaus bereite man eine Laborerhebung vor, um zu evaluieren, ob die Mitgliedstaaten dem Virus gewachsen seien. In all diesen Bereichen bemühe man sich um die enge, internationale Zusammenarbeit.

Mit mittlerer bis hoher Wahrscheinlichkeit gehe man davon aus, dass weitere Fälle des Coronavirus in die EU eingeschleppt werden würden. Bei frühzeitiger Feststellung derselben und unter der Voraussetzung, dass die eingerichteten Präventions- und Kontrollmaßnahmen greifen, gehe man jedoch davon aus, dass die Gefahr einer Sekundärinfektion sehr niedrig sei.

Neben dem Coronavirus beobachte man noch zwei weitere Entwicklungen mit großem Gefährdungspotenzial: Die sprunghaft steigende Zahl an Masernerkrankungen (im Jahr 2018: 82 596 Neuinfektionen, 72 Sterbefälle), sowie die Ausbildung und Verbreitung von antibiotikaresistenten Viren und Bakterien. • *kg Quelle: PM EP*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung und Live Debate](#)

9

Agrar - Europäischer Rechnungshof veröffentlicht Sonderbericht zur Nutzung Satelliten-unterstützter Überwachung der GAP

In seinem am 28. Januar 2020 herausgegebenen [Sonderbericht](#) bescheinigt der Europäische Rechnungshof (EuRH) der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten, dass es bei der Nutzung neuer Bildgebungstechnologien in der GAP insgesamt Fortschritte gäbe. Der EuRH prüfte, ob die Kommission die breite Anwendung der neuen Technologien wirksam gefördert habe und ob die Mitgliedstaaten angemessene Maßnahmen zu ihrer Einführung ergriffen hätten. Im Zusammenhang mit den Regelungen für die ländliche Entwicklung und den Cross-Compliance-Vorschriften stellte der EuRH fest, dass neue Technologien nur in begrenztem Maße für die Überwachung hinsichtlich der Klima- und Umweltaforderungen genutzt würden. Er empfiehlt deshalb der Kommission, den Mitgliedstaaten Unterstützung und Anreize zu bieten, um den Ansatz der Kontrollen durch Monitoring in der GAP nach 2020 als zentrales Kontrollsystem einzusetzen, Hindernisse zu ermitteln und einen Aktionsplan zu deren Beseitigung zu entwickeln. • *ms*

Zwei Drittel von 500 überprüften Websites verstoßen gegen EU-Verbraucherschutzrechte

Durch eine Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher soll der Verbraucherschutz gestärkt werden. Regelungsziel der neuen Richtlinie sind mehr



Transparenz und Sicherheit im Online-Handel. Beim Kauf einer Ware auf einem Online-Marktplatz müssen die Verbraucher nun unter anderem klar darüber informiert werden, ob sie Waren oder Dienstleistungen von einem Unternehmer oder einer Privatperson erwerben, damit sie wissen, auf welchen Schutz sie im Falle von Problemen Anspruch haben. Auch setzt sich die Kommission für die Bekämpfung von Doppelstandards bei der Qualität von Konsumgütern ein. Bei Verstößen gegen die am 07. Januar 2020 in Kraft getretene Richtlinie drohen den Unternehmen hohe Bußgelder von mindestens 4 Prozent des Jahresumsatzes. Dass solche harten Sanktionsdrohungen notwendig sind, zeigten die Ergebnisse eines aktuellen EU-weiten Screenings, welches jedes Jahr von den Behörden des Netzwerks für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz anhand eines gemeinsamen, von der Kommission entworfenen Fragebogens, durchgeführt wird. Danach verstoßen 2/3 der überprüften Webseiten gegen grundlegende EU-Verbraucherschutzrechte und informieren die Verbraucher nicht oder falsch über deren Rechte: Über ein Viertel der überprüften Webseiten informierte die Verbraucher nicht darüber, wie sie ihr Widerrufsrecht ausüben können. Auf der Hälfte der überprüften Webseiten fanden sich keine genauen Informationen zur 14-tägigen Rücksendefrist. Über ein Fünftel der überprüften Websites enthielt zunächst unvollständige Preisangaben, da Liefer-, Versand- oder mögliche Zusatzkosten nicht eingerechnet waren oder Hinweise auf mögliche Zusatzkosten fehlten. Aktuell ist es Aufgabe der nationalen Behörden, die festgestellten Unregelmäßigkeiten zu prüfen und die Anbieter aufzufordern, ihre Websites zu berichtigen. Die Verbraucherschutzbehörden werden gegebenenfalls mithilfe ihrer nationalen Durchsetzungsverfahren sicherstellen, dass die Anbieter den Vorschriften in vollem Umfang nachkommen. Spätestens mit Ablauf der Umsetzungsfrist für die neue Richtlinie am 28. Mai 2022 kommen hierfür neue Instrumente hinzu. • *kg Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen enthält die [Pressemitteilung der Kommission](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Europaministerkonferenz in Brüssel



Am 29. und 30. Januar lud das Land Rheinland-Pfalz in die Räumlichkeiten des Ausschusses der Regionen zur 82. Konferenz der Europaminister und Europaministerinnen. Sachsen-Anhalt war vertreten durch StS Dr. Michael Schneider.

Die zweitägige Sitzung bot Gelegenheit zu einem angeregten Austausch mit verschiedensten Gästen zu europarelevanten Themen. So stand

am ersten Tag die Information über den Brexit auf der Tagesordnung, also zu den nächsten Schritten der EU, dem Zeitplan und möglicherweise zu erwartenden Ergebnissen. Danach empfing man den Botschafter der Republik Kroatien bei der EU, Josip Paro, der über die Schwerpunkte der Kroatischen Ratspräsidentschaft sprach, die das erste Halbjahr 2020 prägt, sowie über den Punkt EU-Erweiterung. Im Anschluss standen Gespräche zum Mehrjährigen Finanzrahmen und zur Kohäsionspolitik post2020 auf der Tagesordnung. Den Schluss machte der Austausch mit Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Kommission und Kommissarin für Demokratie und Demografie zur EU-Zukunftskonferenz.

Tag zwei begann mit einem weiteren hochrangigen Gast. Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission und Kommissarin für „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ sprach über die aktuellen Entwicklungen in der EU-Industrie- und Wettbewerbspolitik. Weitere Themen der Sitzung waren die EU-Öffentlichkeitsarbeit, der EU-Arbeitsmarkt, die Deutsche Ratspräsidentschaft und schlussendlich der Dank und die Verabschiedung des scheidenden Präsidenten des Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz-Lambertz. • cj



Von den Europaministerinnen und Europaministern gefassten Beschlüsse finden Sie in Kürze [hier](#)



Europagespräch in Stendal am 10. Februar 2020

Lasst uns über Europa sprechen!

Wie steht es um die Europäische Union? Welche Erwartungen haben Bürger an die EU? Wie muss sich Europa verändern? Was bedeuten die Entscheidungen des Europäischen Parlaments für Sachsen-Anhalt?

Diese und weitere Fragen und Meinungen zu Europa diskutieren am 10. Februar 2020 in Stendal Klaus Schmotz, Oberbürgermeister, Nora Hesse, Europäische Kommission in Deutschland und Dr. Michael Schneider, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

Das Europagespräch findet ab 18 Uhr im Kapitelsaal des Domstifts, Am Dom 18a, 39576 Hansestadt Stendal statt.

Weitere Informationen unter <https://europagespraech.de>. Interessenten können sich gern zur Teilnahme anmelden unter anmeldung@europagespraech.de.



Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Die gemeinsame Initiative der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland und der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt bietet Bürgerinnen und Bürger in insgesamt 12 kleinen und mittleren Städten in Sachsen-Anhalt eine Plattform, um sich über ihre Meinungen und Ansichten zu Europa auszutauschen. Die Bürgermeister der Städte unterstützen diese Initiative.

Sechs Europagespräche haben bereits zu Beginn des Jahres 2019 stattgefunden, sechs weitere folgen im Zeitraum Ende November 2019 bis Februar 2020:

26.11.2019: Haldensleben; 27.11.2019: Osterburg; 23.01.2020: Salzwedel
06.02.2020: Burg; 10.02.2020: Stendal; 18.02.2020 Bernburg

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können Fragen und Meinungen zu aktuellen Herausforderungen und zur zukünftigen Entwicklung der Europäischen Union äußern und mit verantwortlichen Politikern diskutieren.

Gesprächspartner sind die jeweiligen Bürgermeister, Dr. Michael Schneider, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt und ein leitender Mitarbeiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland.

Weitere Informationen unter: <https://europagespraech.de/>

Interessenten sind zur Teilnahme herzlich eingeladen:

Organisation:

Europäische Bewegung Sachsen-Anhalt e.V.

Katharina Berger

Geschäftsführerin

Mail: kontakt@europagespraech.de

Tel: 0391 5693 342

• *Gastartikel*



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	RAT Stellenausschreibung CONS/AD/157/20 Direktor(in) GD JAI.2: Justiz
Fundstelle: Abl.	C 35A vom 3. Februar 2020 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2020:035A:TOC
Bewerbungsfrist:	21. Februar 2020
Antragsunterlagen:	Bewerbungen sind vor Ablauf der Bewerbungsfrist ausschließlich per E-Mail anapplications.management@consilium.europa.eu zu richten.

Gegenstand:	RAT Stellenausschreibung CONS/AD/158/20 Direktor(in) ORG.5 GEFAHRENABWEHR UND SICHERHEIT
Fundstelle: Abl.	C 35A vom 3. Februar 2020 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2020:035A:TOC
Bewerbungsfrist:	21. Februar 2020
Antragsunterlagen:	Bewerbungen sind vor Ablauf der Bewerbungsfrist ausschließlich per E-Mail anapplications.management@consilium.europa.eu zu richten.

13

Kreatives Europa – EU fördert audiovisuelle Projekte

Die Europäische Kommission hat einen Wettbewerbsaufruf zur Verbindung von Kultur und audiovisuellen Inhalten durch Digitalisierung veröffentlicht. Gefördert werden Projekte, die an der Schnittstelle zwischen Kultur- und Kreativbranchen angesiedelt sind und innovative Technologien oder sektorübergreifende Konzepte nutzen, die zur Verbreitung, Bekanntmachung und Marketing von Kultur und Kreativität beitragen. In der letzten Förderrunde hat die Berliner INVR. Space 175.000 Euro für ihr Projekt THE LINK bekommen, das Menschen in Pflege-Einrichtungen den virtuellen Zugang zu kulturellen Stätten ermöglicht. Vergeben wird die Förderung an Projekte mit mindestens drei Partnern aus drei Ländern, die am EU-Programm Kreatives Europa teilnehmen und Fachwissen aus verschiedenen kulturellen und kreativen Bereichen vorweisen können. Insgesamt stehen Fördermittel in Höhe von 1,75 Mio. Euro zur Verfügung. Einreichtermin ist der 14. Mai. • *ah Quelle: EU-Nachrichten 02/2020*

[Weitere Informationen zum Aufruf der Kommission](#)



Europäischer Wettbewerb für Soziale Innovation – Ideen für nachhaltige Mode gefragt

Der Europäische Wettbewerb für soziale Innovation steht in diesem Jahr unter dem Motto: „Kreative Neugestaltung für nachhaltige Mode“. Gefragt sind neue Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle, die dazu beitragen, die ökologischen und sozialen Auswirkungen des europäischen Modemarktes zu verbessern. Die Lösungen sollten auf Nachhaltigkeit abzielen und nach dem Wettbewerb skalierbar oder reproduzierbar sein – auf lokaler, nationaler oder europäischer Ebene. Die offizielle Eröffnung des Wettbewerbes findet am 12. Februar im spanischen Valencia statt. Die Einreichungsfrist endet am 4. März. • *ah Quelle: EU-Nachrichten 02/2020*



[Zur Webseite des Wettbewerbs](#)



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungs- gesuch Griechenland	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Erasmus+: Unternehmen gesucht, die postgraduale Forscher für ein halbes Jahr aufnehmen Eine Universität und ein Forschungszentrum in Griechenland suchen nach Unternehmen, die Forscher eines Postgraduiertenprogramms für Bio-Entrepreneurship zur Weiterbildung im Rahmen eines finanzierten ERASMUS+-Projekts für ein halbes Jahr aufnehmen. Die Kosten für die Praktikanten werden durch das Projekt gedeckt. Die Unternehmen sollten über Fachwissen in der Forschung in den Bereichen Biowissenschaften, Biotechnologie, Pharmazeutika, Kosmetikdiagnostik oder Lebensmittel verfügen. Die Studierenden sollten in den Abteilungen Forschung und Entwicklung oder Marketing/Geschäftsplanung untergebracht werden. Neben den F&E-bezogenen Aspekten sollte das Ausbildungsunternehmen auch Kenntnisse über Unternehmertum und rechtliche Rahmenbedingungen in dem/den betreffenden Bereich(en) vermitteln. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: RDGR20200129001



Technologiegesuch Schweden	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Alternativen Technologien/chemische Lösungen für die Verwendung von Per- und Polyfluoralkyl-Substanzen (PFAS) gesucht Ein schwedischer Hersteller von Einwegverpackungen und Produkten zum Mitnehmen sucht nach alternativen Technologien/chemischen Lösungen, um die Verwendung von Per- und Polyfluoralkyl-Substanzen (PFAS) in seinen fasergeformten Produkten zu ersetzen. Eine PFAS-freie Lösung sollte öl-, fett- und wasserabweisend sein. Potenzielle Partner können Chemikalienlieferanten sein, die die Lösung für den aktuellen und zukünftigen Bedarf an Faserformprodukten liefern können. Die Kooperation erfolgt im Rahmen einer Herstellungsvereinbarung. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: TRSE20200128002
Geschäftliches Gesuch Polen	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Polnischer Zulieferer von chemischen Produkten, Industriechemie und industriellen Ingenieurdienstleistungen bietet Vertriebsdienstleistungen an Die polnische Firma ist ein autorisierter Vertreiber von Waren in den Bereichen Industriechemie, Industrietechnik, Korrosionsschutz und Belüftung sowie Klimatisierung. Das Unternehmen bietet seine Vertriebsdienstleistungen auf dem polnischen Markt an. Das Unternehmen hat sich zum Ziel gesetzt, die Bandbreite an neuen Produkten und Dienstleistungen aus der Chemie- und Maschinenbauindustrie weiter auszubauen. Daher werden hochwertige und innovative Produkte oder technische Lösungen gesucht, die bereits auf dem Markt sind. Der potentielle Partner sollte ein zuverlässiger Produzent oder Lieferant von chemischen Produkten mit Erfahrung in der internationalen Zusammenarbeit sein.



		<p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: BRPL20200116001</p>
Geschäftliches Gesuch	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt	Spanisches Unternehmen sucht Hersteller von Schmalband-IoT-Sensoren (NB - IoT)
Spanien	Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	<p>Ein spanisches Start-up-Unternehmen, das sich auf IoT-Technologien für den Wasserzählersektor spezialisiert hat, sucht nach Anbietern von Internet of Things (IoT)-Sensoren. Das Unternehmen sucht drei Arten von Schmalband-IoT-Sensoren (NB-IoT), um sie in seine Technologie zur IoT-Wasserzählung zu integrieren. Der gesuchte Partner ist ein Industriepartner, der auf die Herstellung von Sensoren spezialisiert ist und mindestens einen der gesuchten Sensoren herstellen kann. Die Kooperation erfolgt im Rahmen eines Fertigungsabkommens.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: BRES20200116001</p>

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

18

Der Vorsitz im Rat der Europäischen Union, auch EU-Ratspräsidentschaft genannt, rotiert zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. Seit dem 01. Januar bis zum 30. Juni 2020 tagt der Rat erstmals unter dem Vorsitz der Republik Kroatien.

1. In der zweiten Jahreshälfte 2020 wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Wann war der letzte deutsche Vorsitz im Rat der Europäischen Union?

- A) in der zweiten Jahreshälfte 2002
- B) in der ersten Jahreshälfte 2007
- C) in der zweiten Jahreshälfte 2010

2. Neben einem Logo, das das entsprechende Jahr und den Staat der aktuellen Ratspräsidentschaft zeigt, wird auch ein Motto für die jeweilige Zeit der Präsidentschaft festgelegt, das die entsprechenden Prioritäten zusammenfassen soll.

Unter welchem Motto stehen die Prioritäten des derzeitigen kroatischen Vorsitzes?

- A) „Ein starkes Europa in einer Welt voller Herausforderungen.“
- B) „Nachhaltiges Europa, nachhaltige Zukunft.“
- C) „Gemeinsam für ein tolerantes Europa.“



3. Seit 2013 ist Kroatien Mitglied der Europäischen Union, seit Januar dieses Jahres Vorsitzender im Rat der europäischen Union. Welche der folgenden Fakten über Kroatien ist *nicht* wahr?

- A) In Kroatien ist die Erwerbstätigenquote der Frauen größer als die der Männer.



- B) In keinem anderen Land der EU ziehen die Kinder später aus dem elterlichen Haushalt aus.
C) Die kroatische Adria ist das drittbeliebteste Reiseziel unter allen EU-Regionen.

Lösung:

1. B) Den letzten Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernahm Deutschland vom 01. Januar bis 30. Juni 2007, nach dem Vorsitz von Finnland und vor Portugal. Vorsitzende des Rates war Bundeskanzlerin Angela Merkel. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wird die Ratspräsidentschaft Deutschlands in diesem Jahr die vierte sein (1994, 1999 und 2007), mit den Vorsitzen zuvor die dreizehnte (seit 1958).

Da die EU-Ratspräsidentschaft alle sechs Monate wechselt und sich so langfristige Politikaufgaben nur schwer betreuen lassen, wurden 2007 die sogenannten „Trio-Präsidentschaften“ eingeführt, in denen drei aufeinanderfolgende Ratspräsidentschaften zusammenarbeiten. Das erste Trio bildeten somit Deutschland, Portugal und Slowenien. Gemeinsam entwickeln die drei EU-Mitgliedsstaaten des Trios ein Achtzehnmonatsprogramm, auf das die halbjährigen Programme der einzelnen Ratspräsidentschaften abgestimmt sind. Im derzeitigen Präsidentschafts-Trio sind neben Kroatien noch Rumänien und Finnland, die 2019 den Vorsitz im Rat der EU übernommen hatten. Dies ist insgesamt die neunte dieser gemeinsamen Präsidentschaften. Deutschland wird dann in der zweiten Jahreshälfte wieder mit Portugal und Slowenien die zehnte Trio-Präsidentschaft bilden.

2. A) Seit dem EU-Beitritt Kroatiens 2013 ist dies die erste Ratspräsidentschaft des Landes. Unter dem Motto „Ein starkes Europa in einer Welt voller Herausforderungen.“ („A strong Europe in a world of challenges.“) werden die folgenden vier Prioritäten der Präsidentschaft zusammengefasst: ein Europa, das sich entwickelt, das verbindet, das schützt und das einflussreich ist.

Durch eine nachhaltige und gleichmäßige Entwicklung wie beispielsweise die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit oder des Umweltschutzes, sollen bessere Bedingungen und Perspektiven für alle BürgerInnen Europas geschaffen werden. Eine stärkere Verbundenheit und Annäherung der UnionsbürgerInnen soll zum Beispiel durch einen einheitlichen europäischen Verkehrsraum sowie eine sichere Dateninfrastruktur erreicht werden. Neben einer umfassenden und nachhaltigen Migrationspolitik setzt sich Kroatien zudem für die Stärkung der inneren Sicherheit durch die Garantie der Freiheit jedes Bürgers / jeder Bürgerin als Voraussetzung für die demokratische Ordnung ein. Auf zeitgenössische Bedrohungen wie Terrorismus oder Cyberkriminalität muss die Europäische Union antworten.

Des Weiteren möchte sich Kroatien für eine führende Rolle der EU in der Welt stark machen. Der Einfluss der EU, die Gestaltung einer globalen Ordnung, die Beseitigung der Armut sowie die globale Entwicklung sollen angekurbelt werden.

3. A) Laut Infografik von Eurostat ziehen die „Kinder“ in Kroatien durchschnittlich im Alter von 31,8 Jahren aus dem elterlichen Haushalt aus, so spät wie in keinem anderen Mitgliedsstaat der EU. Im EU-Durchschnitt zieht der Nachwuchs mit etwa 26 Jahren bei den Eltern aus. Mit durchschnittlich 18 Jahren verlassen die SchwedInnen das Haus der Eltern am frühesten. 23,7 Jahre sind die deutschen Kinder, wenn sie das erste Mal ausziehen. Allgemein ziehen in allen Ländern die Mädchen eher aus als die Jungen.

Die Erwerbstätigenquote der kroatischen Männer liegt mit 70% unter dem EU-Durchschnitt, EU-weit arbeiten etwa 79% der Männer. Mit 60% ist auch die Beschäftigungsquote der Frauen um ca. 7% niedriger als im Vergleich zum Durchschnitt aller Länder der Europäischen Union.



Hier finden Sie die Infografik mit weiteren interessanten Details über Kroatien:
<https://bit.ly/3b69xPH>

Das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt / Halle hilft Ihnen bei Fragen zur Europäischen Union wie den Organen der EU oder aktuellen Themen. Wenden Sie sich gern unter info@europedirect-halle.de an uns.





Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
N.N.	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Martina Denck (MD)	Hospitantin	...34	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...14	E-Mail
Luise Böttcher (LB)	Praktikantin	...22	E-Mail
Katrina Glogger (KG)	Rechtsreferendarin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Antonietta Hofmann

Fotos

Antonietta Hofmann, sofern nicht anders
angegeben oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

